

Zinsen für Dispositionskredite: Lösungsansätze und Handlungsempfehlungen

23.10.2014

(1) Ausgangslage und Grundprobleme

Die Höhe und Anpassung der Zinssätze für Dispositionskredite wird seit Jahren kontrovers diskutiert. Die hohe ökonomische Relevanz von Dispositionskrediten wird allein schon dadurch deutlich, dass fast jeder vierte Verbraucher im Jahr 2012 bereits sein Girokonto mindestens einmal überzogen hat¹ und dass private Haushalte in Deutschland Dispositionskredite durchschnittlich im mittleren zweistelligen Milliardenbereich in Anspruch nehmen.²

Unter dem Titel „Abzocke mit Dispozinsen“ kritisiert die Stiftung Warentest u. a. „Mehr als hundert Banken kassieren unverschämte Dispozinsen von 13 Prozent und mehr.“³ Eine aktuelle Studie der Universität Bamberg kommt u. a. zu dem Schluss: „Hierbei erstaunt, dass der einfache ökonomische Zusammenhang zwischen der Bonität eines potentiellen Schuldners und dem Zins für einen Kredit nicht berücksichtigt, also dass die Höhe der Zinssätze für Dispositionskredite meist pauschal festgelegt wird. Kunden mit guter bis sehr guter Bonität zahlen daher häufig zu hohe Zinsen für die Nutzung dieser Kredite.“⁴

Einer aktuellen Studie im Auftrag des damaligen Bundesverbraucherministeriums (BMELV) lässt sich der Hinweis entnehmen, dass „...die hohen Zinssätze für Überziehungskredite auf einer Quersubventionierung beruhen ...“⁵ könnten. Es wird ergänzt, dass „... der Markt insofern versagt, als Konsumenten ihre Kontenwahl nur geringfügig von den Preisen und Preisanpassungen der Dispokredite abhängig machen, ...“⁶. Es ist allerdings erstaunlich, dass in derselben Studie ohne weitere Begründung festgestellt wird, „...nicht zielführend erscheint dagegen ... eine Entkoppelung von Zahlungsverkehr und Kredit, da es sich insgesamt um ein sinnvolles Koppelungsprodukt handelt.“⁷ Gerade Kuppelprodukte mit ihrer intransparenten Mischkalkulation können dazu führen, dass Verbraucherinnen und Verbrauchern die tatsächlichen Risiken und Kosten der Finanzdienstleistungen nicht erkennen, weil gar nicht bewusst wird, welche Leistung mit welcher Ausgestaltung wie viel kostet (Konto, Überweisung, Karte, Überziehung etc.).⁸ Es ist dann im Zweifel auch nicht mehr überraschend, dass in dieser Studie für das BMELV zwar verschiedene Maßnahmen wie etwa eine direkte Preisre-

¹ Vgl. <http://www.bmelv.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/2012/207-DispoZins.html> auf Grundlage von forsa (2012).

² Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsberichte.

³ Finanztest 9/2013, 13.

⁴ Oehler/Höfer/Wendt 2013, 350.

⁵ Dick et al. (2012), Kurzfassung, 3.

⁶ Dick et al. (2012), Langfassung, 208.

⁷ Dick et al. (2012), Langfassung, 207.

⁸ Vgl. auch die vielen fehlgeleiteten Abschlüsse beim Kuppelprodukt Kapitallebensversicherungen (VK BaWü 2012): Mit dem Wunsch, das Lebensrisiko zu Gunsten von Angehörigen absichern zu wollen, wird ein Sparvertrag gekoppelt, der zu hohen Verlusten führen kann, wenn man den Vertrag nicht durchhält; das Kuppelprodukt führt in der Realität dazu, dass Verbraucher, die gerade zur Risikoreduzierung einen Vertrag abschließen wollten, nun gerade ein Risiko eingegangen sind.

gulierung (z. B. Obergrenzen, „Deckel“) erörtert werden, die naheliegende ökonomische und transparente Lösung der Bindung der Kreditvergabe an das Bonitätsrisiko aber praktisch unberücksichtigt bleibt.

Die Studie der Universität Bamberg nimmt eine Schätzung der Zusatzkosten mangels Bonitätsprüfung bei Dispositionskrediten für verschiedene Verbraucherinnen und Verbraucher vor, es wird also nicht DER Durchschnittskunde oder DIE Verbraucherin unterstellt.⁹ Dabei werden vereinfachend in Anlehnung an die Klassifikation der Score-Werte der SCHUFA¹⁰ zunächst zwei grundlegende Gruppen unterschieden: (1) Verbraucher mit schlechter Bonität (Score-Werte unter 80%, „sehr hohes Risiko“ oder „sehr kritisches Risiko“), (2) Verbraucher mit mittlerer bis sehr guter Bonität (Score-Werte von 80% bis über 97,5%). Die zweite Gruppe unterteilt sich nochmals in drei verschiedene Typen. In einer szenariengeleiteten Schätzung kann die Studie zeigen, „... dass aus der Nutzung von Überziehungskrediten anstelle der Nutzung von Konsumenten-, Abruf- oder Ratenkrediten erhebliche monatliche Zusatzkosten in Höhe von bis zu ca. 90 Euro für Verbraucher mit guter bis sehr guter Bonität entstehen. Gleichzeitig würde eine Bonitätsprüfung für Kunden schlechter Bonität dazu führen, die Gefahr der Überschuldung besser zu erkennen und ihr durch die Verweigerung eines Dispositionskredits in Verbindung mit gezielten Maßnahmen einer Schuldner- und Kreditberatung entgegenzuwirken. Für Verbraucher mit mittlerer Bonität dürfte sich tendenziell keine substantielle Änderung ergeben.“¹¹

(2) Lösungsansätze und Handlungsempfehlungen

Die letzte Untersuchung der Stiftung Warentest in Finanztest 9/2013 hat erneut und wiederholt deutlich gemacht, dass die Zinsen für Dispositionskredite nicht nur deutlich zu hoch liegen, sondern auch eher pauschal und ökonomisch nur bedingt nachvollziehbar festgelegt werden. Gleichzeitig scheint deutschen Kreditinstituten eine günstige und schnelle Bonitätseinstufung im Retail-Banking möglich zu sein, dies zeigt beispielsweise die Vergabep Praxis bei Konsumentenkrediten. Die Unterschiede zwischen den durchschnittlichen Zinssätzen bei Dispositions- und Ratenkrediten sind eklatant.¹² Ausgehend von der geschilderten Problemlage lassen sich die folgenden Lösungsansätze und Handlungsempfehlungen ableiten:¹³

- ✓ Die kurze Analyse zeigt, dass offenbar häufig die Zinssätze für Dispositionskredite, die deutlich über dem Refinanzierungssatz von Kreditinstituten liegen, weitgehend pauschal für alle Verbraucher festgelegt werden. Angesichts der zwei Komponenten die den Zinssatz für einen Kredit bestimmen (sollten), dem

⁹ Vgl. Oehler 2013.

¹⁰ Vgl. SCHUFA 2010.

¹¹ Oehler/Höfer/Wendt 2013, 356.

¹² Oehler/Höfer/Wendt 2013, 353 und die dort zitierten Daten.

¹³ Vgl. Oehler/Höfer/Wendt 2013, 356.

Preis für die zeitliche Überlassung der Finanzmittel („price of time“) und dem Preis für das Bonitätsrisiko des potentiellen Schuldners („price of risk“), wäre es im Sinne kundenorientierten ökonomischen Handelns sinnvoll, den individuellen **Dispositionskreditzins bonitätsabhängig festzulegen** (Soll-Zustand). Demnach würden – entgegen der aktuell üblichen Praxis – Verbraucher mit guter bis sehr guter Bonität nicht mehr wie bisher zu hohe Dispositionskreditzinsen bezahlen. Kunden mit schlechter Bonität bekämen aufgrund der erheblichen Gefahr vor Überschuldung überhaupt keinen Dispositionskredit.

- ✓ Da die Bonität im Zeitablauf erheblichen Änderungen unterworfen sein kann, wäre sowohl eine erstmalige als auch eine **regelmäßige Bonitätsprüfung** erforderlich.

- ✓ Für Verbraucher mit schlechter Bonität wären Maßnahmen zur finanziellen Sicherung zu ergreifen, z. B. durch eine geeignete **Kredit- und Schuldnerberatung**, um die Gefahr einer Überschuldung zu reduzieren. Eine Vergabe oder Aufrechterhaltung eines Dispositionskredites sollte in diesen Fällen vermieden werden.

- ✓ Erforderlich ist die Förderung von Transparenz durch zielgerichtete Information und die „Aufklärung“ von Verbrauchern. Hierbei kommt insbesondere einer **standardisierten und zum Vergleich von Produkten und Anbietern geeigneten Produktinformation**, unter anderem in Form geeigneter Produktinformationsblätter, große Bedeutung zu. Warum fehlen bis heute rechtliche Regeln für standardisierte, aussagekräftige Produktinformationen zu Konten und Zahlungsverkehr?

- ✓ Die Transparenz allein ist jedoch nur eine erste Voraussetzung. Hinzu treten muss eine **verständliche, klare und vergleichende Beratung und Information**, inklusive einer Angabe von **Risiken und Kosten im Klartext und in Euro** sowie unmissverständliche Hinweise zur Verfügbarkeit.¹⁴

Hauptautor: Prof. Dr. Andreas Oehler

Hinweis: Die Verbraucherkommission hat die Stellungnahme mit Mehrheit verabschiedet.

¹⁴ Oehler 2012.

Zitierte Literatur

Deutsche Bundesbank, Monatsberichte.

Dick, C., Knobloch, M., Umaray, K., Jaroszek, L., Schröder, M., Tiffe, A., 2012, Studie zu Dispozinsen / Ratenkrediten, Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Berlin.

Finanztest, 2013, Abzocke mit Dispozinsen, Heft 9, 13-17.

<http://www.bmelv.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/2012/207-DispoZins.html> auf Grundlage von forsa (2012).

Oehler, A., 2012, Anbieter- und verbrauchergerechte Beratung und Information. Mehr Anlegerschutz durch standardisierte Beratungsprotokolle und Produktinformationsblätter, Studie im Auftrag des MLR Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden Württemberg, des SparkassenVerband Baden-Württemberg, des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverband e.V., Bamberg/Stuttgart.

Oehler, A., 2013, Verbraucher und Wirtschaft: Modellwelten oder Realität? Leid (t) bilder, Mythen und Lösungen, 1. Fachforum des Netzwerks Verbraucherforschung des BMELV „Alternativen zum Informationsparadigma der Verbraucherpolitik“, zeppelin universität, Friedrichshafen; in: JVL Journal für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit 8, 234-240.

Oehler, A., Höfer, A., Wendt, S., 2013, Dispositionskredite: Fehlende Bonitätsprüfung kostet Verbraucher viel Geld – Lösungsansätze und Handlungsempfehlung; in: ZBB Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft 25, 350-357.

SCHUFA, 2010, SCHUFA Score-Verfahren,
http://www.schufa.de/media/teamwebservices/wissenswertes/downloads_11/scoringinfo/schufa_infoblatt_scoreuebersicht_100120final.pdf.

Verbraucherkommission Baden-Württemberg, 2012, Kapitallebens- und private Rentenversicherungen: Mehr Transparenz und klare Regulierung für einen besseren Verbraucherschutz, Stellungnahme, Stuttgart.